

Die Zeit des Veto scheint vorbei

(Kommentar zum EU-Gipfel vom Juni 2012)

Der EU-Gipfel war ein Musterbeispiel für den von neo-funktionalistischen Theoretikern beschriebenen „Spillover-Prozess“, durch den die europäische Integration voranschreitet. Dies geschieht weder widerstandslos noch „automatisch“, wie die Kritiker dieser politikwissenschaftlichen Denkschule richtig betonen. Aber es kann, wie gestern Nacht geschehen, sehr schnell gehen und „Quantensprünge“ bringen. Noch zwei Tage zuvor hatte Kanzlerin Merkel betont: "Keine Eurobonds, solange ich lebe" und Instrumente wie Eurobonds, Euro-Bills, Schuldentilgungsfonds nicht nur für verfassungswidrig sondern „auch ökonomisch ... falsch und kontraproduktiv“ erklärt (FAZ). Insgesamt wollte die deutsche Verhandlungsdelegation neue Instrumente gegen die Schuldenkrise blockieren, andere Länder forderten sie vehement.

Wie passt das zu den Gipfel-Ergebnissen? Merkel bremst, der Zug fährt weiter – könnte man denken: Italiens Mario Monti betonte, dass nun der Weg frei sei für spätere gemeinschaftliche Anleihen in der Euro-Zone. Die Währungsunion habe mit ihren nächtlichen Beschlüssen dafür die Basis gelegt. Obgleich widerstreitende, interessengeleitete Interpretationen zweifellos eine Rolle spielen und die Detail-Ergebnisse des Gipfels noch ausstehen, ist klar: Offener als je zuvor sind die Positionen in zentralen Fragen widersprüchlich, trotzdem kommen jetzt quasi über Nacht wichtige Einigungen zustande. Warum? **Taktik einerseits und hoher Problemdruck andererseits** haben bewirkt, dass niemand ein Scheitern verantworten konnte.

Taktik auf zwei Ebenen trug maßgeblich zum Erfolg bei: prozedurales Sitzungsmanagement und inhaltliche Paketlösungen.

- **Gelungene Gipfel-Dramaturgie** durch den Ständigen Ratspräsidenten Van Rompuy stieß die Planung komplett um. Statt am Nachmittag des zweiten Sitzungstages setzte er die Krisensitzung der 17 Euro-Staaten schon in der Nacht an. Er erhöhte damit den Erwartungs- und Entscheidungsdruck bei gleichzeitiger „Taktung“ mit den Börsenöffnungszeiten. Die Pressekonferenz um 4h früh bewirkte dann den gewünschten Effekt: sprunghafter Anstieg der Börsenkurse und des Euro, Sinken der Refinanzierungskosten für die Problemländer (FT 29.6.2012).
- Daneben wurde **junktiniert, was das Zeug hält** – sogar bei von Bremsern eigentlich angestrebten Maßnahmen. Siehe das 120 Milliarden Euro **Wachstumspaket: Italien und Spanien** hatten am Donnerstag ihre Zusage verzögert: Ihre hohen Zinsen auf neuen Staatsanleihen seien untragbar. Auch an ein deutsches Nachgeben gebunden wurde die **Finanztransaktionssteuer**, die Italiens Ministerpräsident Monti ohne Maßnahmen gegen das Schuldenkrisendomino („anti-spread buffer“) nicht

unterstützen wollte. Merkel musste hier aber unter den strengen Augen ihrer deutschen Politikerkollegen einen Misserfolg unbedingt vermeiden.

Beide Taktiken (überraschende und daher verunsichernde Verhandlungsführung sowie Junktin) sind im Prinzip altbekannt, in dieser extremen Form jedoch keineswegs „business as usual“ auf EU-Ebene. „The atmosphere is horrid,“ klagte ein Diplomat (Financial Times).

Verständlich wird dies nur, wenn zusätzlich der **Problemdruck** in den Blick genommen wird. Ziel sei, den „Teufelskreis zwischen Banken und Staatsanleihen zu durchbrechen“, besagt die Gipfelerklärung in bislang ungekannter Dramatik. Vor dem Gipfel gab es - in Anbetracht der nervösen Finanzmärkte mutige - Statements mehrere Teilnehmer: der belgische Premier warnte, Italien, Spanien, Griechenland, Zypern und Portugal hätten riesige Probleme und würden ohne Notmaßnahmen einen Dominoeffekt auf ganz Europa ausüben. Frankreichs Premier stellte in den Raum, Spanien und Italien wären too-big-to-fail, aber die Bailout-Funds hätten noch gar nicht genug Geld, falls jetzt die Märkte endgültig nicht mehr mitspielen würden. Selbst für das wirtschaftsstarke Deutschland hatte das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ berichtet, nach internen Szenarien des Bundesfinanzministeriums würde bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone ein massiver Wirtschaftseinbruch drohen mit um bis zu 10 Prozent sinkender Wirtschaftsleistung und dann über 5 Millionen Arbeitslosen. Auf solche Aussichten konnte sich letztlich wohl auch Kanzlerin Merkel nicht einlassen. Ihr steht nicht nur das Urteil der Geschichte bevor, sondern gleich 2013 auch Neuwahlen.

All das stellte bei diesem Gipfel die Lösung akuter Probleme letztlich über manche Einzelinteressen. Dass die getroffenen Maßnahmen der Krise der Eurozone tatsächlich ausreichend gegensteuern können, bleibt natürlich erst zu hoffen.

Gerda Falkner leitet das Institut für europäische Integrationsforschung der Universität Wien.

Gekürzte Fassung publiziert in: Der Standard, 30. 6. 2012.